

# mittendrin

Ausgabe 11/2010  
Informationen des  
Bezirksvorstandes  
und der BVV-Fraktion  
DIE LINKE Berlin-Mitte

## Die Solidarität wird zu Grabe getragen

Rösler greift in unsere Taschen

»... für den Arzt  
wird der Kranke so  
nur noch der Kunde  
Den er für Geld  
repariert. Und der  
Priester verkauft  
seinen Zuspruch...«

Bertolt Brecht, DAS MANIFEST,  
Lehrgedicht von der Natur des Menschen  
Textfassung: Manfred Wiskerth

**GESUNDHEIT IST KEINE WARE.**

**DIE LINKE.**

Abbildung: DIE LINKE

Die Wahrheit auf einen kleinen Nenner gebracht.

**N**un liegen die schwarz-gelben Gesundheitspläne offiziell dem Parlament vor. Mit dieser sogenannten Reform ist scheinbar nur ein kleiner Schritt getan – aber sie wirkt mit Verzögerung. Sie ist eine Zeitbombe, die erst in Zukunft richtig explodiert. Wer bereits das

1000 Euro Einkommen 2 Prozent mehr für ihre Krankenkasse, während Gutverdienende mit 3700 Euro Einkommen real nur 0,6 Prozent mehr Beitrag bezahlen. Noch höhere Einkommen werden noch weniger belastet.

Spätestens 2020 wird der Begriff »Zusatzbeitrag« seltsam klingen. Dann werden die

### Ticken des Zünders für das Ergebnis hält, der irrt.

Zum 1. Januar 2011 steigen zunächst die Beiträge von 14,9 auf 15,5 Prozent. Die Versicherten zahlen davon 8,2 Prozent die Arbeitgeber nur 7,3 Prozent. Diese Beiträge sollen künftig nicht mehr steigen. Alle Kostensteigerungen sollen durch Zusatzbeiträge allein von den Versicherten, also ohne die Arbeitgeber, getragen werden. Das ist faktisch eine wachsende Kopfpauschale – die Kopfpauschale durch die Hintertür. Denn der Chef und die Angestellte zahlen das Gleiche. Damit werden als Erste die Menschen mit geringeren Einkünften belastet. Für 2013 werden bereits Zusatzbeiträge von etwa 22 Euro erwartet. Damit zahlen Versicherte mit

Zusatzbeiträge bereits über 100 Euro betragen und für viele Versicherte einen großen Teil der Gesundheitskosten ausmachen. Und die Zusatzbeiträge werden weiter steigen, wenn wir sie nicht verhindern oder Schwarz-Gelb 2013 nicht abgewählt wird.

Schwarz-Gelb meint, die Versicherten erhielten einen Sozialausgleich. Damit solle niemand mit mehr als 2 Prozent seines Einkommens durch Zusatzbeiträge belastet werden. 2020 bekäme aber bereits fast jeder gesetzlich Versicherte einen Sozialausgleich. Die Kosten dafür wären immens und müssten durch den Bundeshaushalt getragen werden. Wie hoch der Sozialausgleich ist, bestimmt nach dem Gesetz aber auch der Finanzminister. Es ist nicht schwer, sich auszurechnen, was dann bei dem Sparzwang, den wir immer wieder durch verfehlte Steuerpolitik im Haushalt haben, passieren wird. Entweder wird der Sozialausgleich gekürzt oder die Leistungen. Beides geht zu Lasten der sozial Benachteiligten und der Kranken.

Nun will Rösler auch noch die Vorkasse einführen. Das wird viele Ärmere von Arztbesuchen abhalten, weil sie das Geld nicht vorstrecken können oder Angst haben, nicht alles durch ihre Kasse erstattet zu bekommen.

Trotz all dieser Ungerechtigkeiten und unsozialen Politik behauptet Schwarz-Gelb, diese Reform sei sozial ausgewogen. Was ist daran sozial, wenn Menschen mit geringen Einkommen am meisten belastet werden? Was ist daran sozial, wenn es letztlich dazu führt, dass Leistungen aus dem gesetzlichen Leistungskatalog verschwinden und dann für Menschen mit geringen Einkommen nicht mehr zur Verfügung stehen? Was ist daran sozial, Gesundheitspolitik für Konzerne, Arbeitgeber und Gutverdiener zu machen? Nein, diese Politik ist zutiefst unsozial. Wir müssen alles Unsoziale anprangern und wirklich soziale solidarische Konzepte dagegen halten, wie die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Die Gesundheitskampagne im Rahmen der Herbstproteste bietet allen dazu die Gelegenheit. **Martina Bunge (MdB)**

Basistreffen in Mitte

### Friedenspolitische Positionen

in der Programmdebatte der LINKEN

mit Dr. Erhard Crome, Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mittwoch, 24. November, 19 Uhr Uhr im BVV-Saal des Neuen Stadthauses

(Parochialstraße 1-3, U-Bahnhof Klosterstraße)

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,

Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

# Einspruch gegen die Bebauung einer Grünfläche

Bürger wollen mitreden

**G**egen eine Bebauung des Mauerparks haben Bürger aus Mitte und Pankow mehr als 2500 Einwendungen formuliert und während einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der BVV-Mitte dem Stadtrat für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe, übergeben. Wie viele Einwendungen dem Bezirksamt auf dem Online-Wege zuzugingen, ist noch unbekannt. Aber es dürften einige hundert sein. Schließlich hatten die Bürgerinitiativen intensiv mobilisiert.

Doch die Verwaltung in Mitte tat sich schwer mit dem modernen Weg zur Bürgerbeteiligung. Erst im laufenden Verfahren erreichten die Bürgerinnen und Bürger die Durchsetzung des Onlineverfahrens, was in anderen Bezirken längst Alltag ist. Und wer seine Einwendungen nun endlich von zu Hause aus absenden wollte, wurde durch häufige Fehlermeldungen auf eine harte Probe gestellt. Aber niemand wird an Absicht denken?

Der Grundtenor der Einwendungen und Widersprüche zum Bebauungsplan -64 »Mauer-

park« besteht in der Ablehnung jeglicher Bebauung des Mauerparks. Keine besonders unverschämte Forderung, hat doch Berlin schon 1994 mit dem Beschluss über den Flächennutzungsplan die Fläche des Mauerparks als Grünfläche definiert und damit vor jeglicher Bebauung geschützt. Mit bürgerunfreundlichen Tricks wollen Gothe und Junge-Reyer den Beschluss unterlaufen, aber da sind Bürgerin und Bürger vor. Mit den Einwendungen wollen die Bürgerinnen und Bürger die Umsetzung des FNP erreichen und Nutzungskonflikten durch Wohnungsneubau vorbeugen. Sie sind wenig begeistert von sieben-geschossigen Bauten an der Bernauer Straße Ecke Wolliner, wo es zurzeit einen Spielplatz und eine Grünfläche gibt. Sie wollen den denkmalgeschützten Gleimtunnel erhalten, der für die Erschließung eines neuen Wohngebietes nördlich der Gleimstraße mindestens teilweise abgerissen werden soll.

Setzen sich die Bürgerinnen und Bürger durch, dann ist das gut so und beispielgebend für Berlins gelebte Demokratie und für die Berliner Ökobilanz.

**Sven Diedrich**

# Quartiersräte gegen Kürzungen

»Was will Herr Ramsauer?«

**Ü**ber die Kürzungspläne beim Programm »Soziale Stadt« sprach »mittendrin« mit Sükran Altunkaynak und Hendrik Brauns vom Quartiersmanagement Pankstraße.

*Im Gebiet Pankstraße / Reinickendorfer Straße konnten mit Hilfe des Quartiersmanagements viele soziale Integrationsprojekte gefördert werden. Durch die Kürzungspläne von Bundesbauminister Ramsauer sind die Kiezprojekte in Gefahr. Was konkret will Minister Ramsauer?*

**H. Brauns:** Bundesbauminister Ramsauer will die Gelder für die nicht-investiven Maßnahmen des Programms »Soziale Stadt« vollständig streichen.

*Was sind »nicht-investive Maßnahmen«?*

**H. Brauns:** Das sind alle Projekte, die keine reinen Bauvorhaben sind. Für viele Projekte im QM-Gebiet Pankstraße wäre es also das Aus. Die Arbeit und das Engagement von Jahren stehen damit auf der Kippe.

**S. Altunkaynak:** Wenn man die aktuelle Integrationsdebatte und die Zustände in den betroffenen Kiezen bedenkt, ist das eine Katastrophe. Die Stadträtin für Jugend, Schule und Sport, Petra Schrader, hat erst kürzlich darauf hingewiesen, dass jedes vierte Kind in Mitte Sprachauffälligkeiten zeigt.

*Gerade für Sprachförderung, Jugendbetreuung und Integration soll es nun keine Mittel mehr geben. Wenn Minister Ramsauer tatsächlich die sozialen Projekte dieses Programms »wegspart«, dann sieht es düster aus - nicht nur für den Wedding, sondern auch für die 34 Berliner und die 600 deutschen »Soziale Stadt«-Quartiere.*

**S. Altunkaynak:** Bei Projekten wie »Kiezmütter« oder »Sprachstube Deutsch« geht es um Informationen und Angebote der frühkindlichen Förderung und Bildung - das kann praxisnah und auf Augenhöhe vermittelt werden. Gerade auch die Eigeninitiative kann dabei gefördert werden.

Die Fördermittel dafür hätten längst aufgestockt werden müssen. Stattdessen wird jetzt die Streichung geplant. Berliner Quartiersräte, Anwohner, Ehrenamtliche, Projekte und Quartiersmanager wollen sich gegen Kürzungen beim Programm »Soziale Stadt« wehren. Auch die Sonderkonferenz der Bundesbauminister hat Ramsauers Sparpläne abgelehnt.

**Das Gespräch führte Rainer Scholz.**

Man kann übrigens auch die Petition Rettet die »Soziale Stadt« über <http://sozialerstadt2011.wordpress.com> unterschreiben.

Blick aus dem Amt:

## Integration und Sprache



Foto: Archiv

**V**or wenigen Tagen hat der Bezirk im Beisein des Regierenden Bürgermeisters sein Sprachförderzentrum eröffnet. Das Sprachförderzentrum ist eines der zentralen Projekte des bezirk-

lichen Integrationsprogramms zur Umsetzung des Berliner Integrationskonzeptes.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eines der zentralen Themen der gegenwärtigen Integrationsdebatte. Dabei wird vielfach ausgeblendet, dass wir es bei den beklagten Zuständen weniger mit Migrations- sondern vorrangig mit sozialen Problemen zu tun haben. 52 Prozent aller Minderjährigen in Mitte leben in Hartz-IV-Haushalten. Viele davon haben einen Migrationshintergrund. Auch Kinder ohne Migrationshintergrund weisen sprachliche Auffälligkeiten auf und zwar in deutlicher Abhängigkeit von ihrer sozialen Lage. In Mitte braucht fast jedes vierte Kind eine intensivere Sprachförderung. Davon ist jedes zehnte Kind deutscher Herkunftssprache! Ein wichtiges Instrument zur Förderung ist der frühzeitige Kita-Besuch. Dafür werben wir. So erreichen wir

auch die Eltern, um sie bei ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit zu unterstützen. In Mitte leben rund 50 000 junge Menschen bis unter 18 Jahren. Davon haben 22 Prozent einen ausländischen Pass. 49 Prozent sind Deutsche mit Migrationshintergrund. Zwei von drei Schülern sind Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache. Die gute Beherrschung der deutschen Sprache ist unbestritten wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit beim Zugang und beim Erwerb von Bildung, für eine gute Ausbildung, existenzsichernde Arbeit und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Doch wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Zweisprachigkeit und kulturelle Pluralität für die Kinder und Jugendlichen im Bezirk Mitte Normalität sind. Mehrsprachigkeit ist eine wichtige Ressource und keineswegs ein Defizit. Es geht darum, im Sinne einer gelingenden Integration den Wert der Muttersprache anzuerkennen, als Bedingung für die persönliche Identität wertzuschätzen und Mehrsprachigkeit bewusst zu fördern! Allen Familien und ihren Kindern eine Zukunft in unserem Lande zu geben, ist Voraussetzung für eine gelingende Integration. Mit dem Sprachförderzentrum wollen wir dafür einen Beitrag leisten.

**Petra Schrader**

Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport

Schwarz-Gelb will Rente mit 67

# Wat denn? Keine Alternative?



Foto: Archiv

Proteste gegen die Rente mit 67 Ende Oktober in Berlin

**J**a, das behaupten Erfinder und Durchpauker. Und verweisen ironisch grinsend darauf, dass Union und SPD das einmütig schon 2007 beschlossen haben. Also was soll das Gemecker der SPD - und der Opposition sowieso? Rente mit 67 ist unvermeidlich! Das beweisen viele Fakten. Sagen sie.

»Es ist kein Geld da für Rente mit 65!«

Schwer zu widersprechen? Moment mal, da muss man doch fragen: Warum fehlt das Geld? (Mal abgesehen von den Milliarden, die zur »Bankenrettung« oder zur Vermeidung von »Insolvenzen« von Pleitekonzernen immer verfügbar sind). Die Rentenkasse hat zu wenig Ein-

nahmen, u.a. weil immer weniger Menschen sozialversicherungspflichtige Arbeit haben, Berufstätige also, die wenig oder gar nicht einzahlen können. Wer einen Ein-Euro-Job hat oder Hartz-IV bezieht, füllt keine Rentenkasse.

»Wir leben immer länger, brauchen folglich auch immer länger Rente. Also müssen wir eben auch immer länger arbeiten. Und das geht ja auch.«

Zugegeben, es gibt genügend Beispiele, dass Menschen auch über 65 noch arbeiten können. Manche jedenfalls. Adenauer wurde mit 73 noch Bundeskanzler. Kohl

musste nur deshalb mit 68 gehen, weil Merkel ran wollte. Unser Minister fürs Geld Schäuble arbeitete mit 68 sogar noch vom Krankenbett aus. Von den Vorständen und Aufsichtsräten der Konzerne noch gar nicht zu reden. Jahr für Jahr opfern sich da einige Dutzend Methusalem auf. Also, es geht doch!

Freilich nicht für alle. Weiter unten sind Menschen weniger haltbar, etwa ganz unten – die Bergarbeiter. Freilich auch Dachdecker, die doch oben in der frischen Luft schaffen. Die meisten Bundesbürger geben früher auf. Weg-rationalisiert, also wertlos fürs Kapital. Oder in seinen Diensten ruiniert. Die brutal gesteigerte Arbeitshetze hat Ausbeutung und Produktivität in bisher unvorstellbare Höhen getrieben. Mit

Folgen! Erstens sind die Gewinne der Unternehmen geradezu abenteuerlich hoch geklettert. (Das verführt zu abenteuerlichen Kasino-Spekulationen). Und zweitens wird immer weniger lebendige Arbeitskraft gebraucht. Millionen Menschen sind »überflüssig«, bleiben auf Dauer arbeitslos, also hilfebedürftig. Erst recht im Alter. Auch die können keine Rentenkasse füllen.

So liegt das Renteneintrittsalter in der Bundesrepublik heute bei 63,2 Jahren. Sagt die Statistik. Und was sagen die Verfechter der 67er Rente? Sie jammern:

»Stattdessen gehen die Deutschen sogar vor 65 in Rente!«

Na, unerhört! Der deutsche Durchschnittsmensch tritt seine Rente fast zwei Jahre früher an als gesetzlich vorgesehen! Dafür muss er allerdings jeden Monat auf bis zu 115.- Euro seiner Regelaltersrente verzichten. Das tut sicher keiner aus Jux und Dollerei, sondern entweder weil er in seinem Alter eben keine Arbeit mehr bekommt, oder weil ihn Krankheit und Invalidität dazu zwingen. Aber beides wird doch nicht besser, sondern schlimmer, wenn die gesetzliche Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre hochgedrückt wird.

## Hier sind die Alternativen, die DIE LINKE fordert:

- Zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze
- 500 000 sozialversicherte ÖBS-Stellen
- Gesetzlicher Mindestlohn und umverteilende Lohnpolitik
- Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Sozialleistungen
- Rente erst ab 67 wird zur gesetzlich verordneten Altersarmut für Millionen Menschen.

Deshalb Stopp für diese Pläne! Rente ab 67 verhindern!

**Heinz Grote**

## DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

[www.dielinke-berlin-mitte.de](http://www.dielinke-berlin-mitte.de)

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

## Guter Rat für Bürger!

**Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.**

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.



**Eine neunköpfige Abordnung aus Berlin, Brandenburg und Thüringen, darunter Lothar Bisky und Bodo Ramelow zeigte am 28. August 2010 Flagge im Wahlkampf für Felicitas Weck von »den Linken«. Mit 30,8 Prozent erzwang sie am 5. September eine Stichwahl bei der sie nur knapp mit 47,4 Prozent ihrem Mitbewerber unterlag. Noch hat das Schüren von Ängsten, dass bei der Wahl einer Linken die notwendigen finanziellen Mittel des Festlandes ausbleiben könnten, den Sieg verhindert. Aber gerade mal noch. Nirgendwo wurde ein ähnlich gutes Ergebnis für die Linken in Wessi-Land erreicht. Und wir sind dabei gewesen.**

**Anne und Wolf Stötzel**

## Feuerprobe für die Demokratie

Die »Zivilgesellschaft« ist so eine Art Heilsarmee der Demokratie. Sie besteht aus Wohlfahrtsverbänden, aus Stiftungen und aus vielen großen und kleinen Bürgerinitiativen. Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet. Die globale Ökonomie braucht eine globale politische Antwort. »Ein Staat, dem die Gerechtigkeit fehlt, ist nichts anderes als eine große Räuberbande«. Dieser Satz stammt vom heiligen Augustinus.

»Financial Crimes Deutschland«, Oktober 2010

## Neue Koalitionen auf der Straße

In Berlin demonstrierten Tausende Menschen unter dem Motto »Freiheit statt Angst« gegen Überwachung und Datenmissbrauch. Von der FDP bis zum schwarzen Block protestierten sie gemeinsam für die Freiheit. Es ist eine Bewegung mit Vielfalt. Und diese hat ihre inhaltlichen Gründe. Für nahezu jeden gibt es heute unmittelbare Bedrohungsszenarien, die das Recht auf die eigenen Daten tangieren. Weil das so ist, bilden sich auf den Straßen immer neue Koalitionen. Freiheit also, auf der ganzen Linie.

»taz«, 16.09.2010

## 200-jähriges Jubiläum an der HU

Am 6. Oktober 1810 schrieb sich Karl Eduard Schröder als erster Student an der Humboldt-Universität für Jura ein. Die ersten Vorlesungen der HU fanden am 15. Oktober 1810 statt. Heute gibt es an der HU 33 730 Studenten in 258 Studiengängen und an elf Fakultäten.

»Berliner Zeitung«, 18. Oktober 2010

## Gebäude in Mitte

# Der Hamburger Bahnhof



Foto: Archiv

### Kunstinstallation im Hamburger Bahnhof

**Mit dem Hauptbahnhof hat im Stadtteil Tiergarten 2006 der größte, teuerste und repräsentativste Bahnhofsneubau Deutschlands den Betrieb aufgenommen – spöttisch oft auch als »Einkaufsmeile mit Gleisanschluss« bezeichnet.**

Was mancher nicht weiß: Nur wenige Schritte nordöstlich vom Hauptbahnhof an der Invalidenstraße befindet sich das restaurierte Gebäude des Hamburger Bahnhofs. Er wurde in den Jahren 1846 bis 1847 als Kopfbahnhof für die Berlin-Hamburger Bahn errichtet, nachdem 1841 der Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Berlin und Hamburg per Staatsvertrag beschlossen wurde – damals ging dergleichen schneller als heute. In klassizistischem Stil erbaut, ist er einer der ältesten Kopfbahnhöfe Deutschlands und der einzige noch erhaltene Kopfbahnhof Berlins aus jener Zeit.

Mitte Oktober 1884 wurde der Bahnhof nach nur 37 Jahren Betriebszeit still gelegt, da der nahe gelegene Lehrter Bahnhof den Reiseverkehr in Richtung Hamburg bediente.

Bereits im Mai wurde die Hamburger Bahn verstaatlicht.

Es erfolgten eine Reihe Umbauten und Erweiterungen. Auf dem Hamburger Güterbahnhof siedelte sich eine Anzahl von Speditionsfirmen an, die zum Teil bis in die jüngste Vergangenheit tätig waren.

Im Dezember 1906 öffnete hier das »Königliche Bau- und Verkehrsmuseum«. Mit seiner reichhaltigen Sammlung war diese Exposition ein Vorläufer des heutigen Technikmuseums. Die stetige Zunahme von Exponaten führte dazu, dass bis 1916 das Hauptgebäude mehrmals erweitert wurde.

Im Krieg wurde das Gebäude stark beschädigt; die Exponate blieben weitgehend erhalten und wurden später dem Technikmuseum bzw. dem Verkehrsmuseum Dresden übergeben. 1987 beschloss der Westberliner Senat, den Bahnhof wieder herzustellen und dort ein Museum für Gegenwartskunst als Teil der Nationalgalerie einzurichten. In dieser Form wurde – nach Entwürfen von Stararchitekt Kleihues – das Museum 1996 neu eröffnet.

**Denis Ruh**



**Am 30. Oktober wählte DIE LINKE. Berlin-Mitte einen neuen Bezirksvorstand. Die mittendrin gratuliert und wünscht für die nächsten beiden Jahre viel Glück und Erfolg in der Arbeit.**

v.l.n.r, vordere Reihe: Anne Schellmann, Carola Bluhm, Thilo Urchs, Kadriye Karci, Anni Seidl, Horst Kahrs, Rolf Brückner, Horst Giese,

hintere Reihe: Verena Werthmüller, Christian Otto, Robert Bluhm, Dirk Lorsch, Ursula Krüger, Susann Zschieschang, Franziska Thieme,

nicht im Bild: Gudrun Israel-Harnack, Sven Diedrich und Werner Schulden.

Foto: Tom Erdmann

## Menschen in Mitte

# Maria Cristinas spannender Weg von Santiago nach Berlin

**S**alvador Allende war gerade Präsident Chiles geworden, als ihr erster Sohn Luis im Oktober 1970 zur Welt kam. Ihr Engagement für die demokratisch gewählte sozialistische Regierung des südamerikanischen Landes wurden ihr und ihrer Familie wie Millionen Chilenen zum bitteren Verhängnis. Nach dem Militärputsch drei Jahre später verhafteten Soldaten Maria Cristina Miranda auf einer Zugfahrt von Antofagasta nach Santiago.

»Mein Mann, der als Ingenieur in der Verwaltung nationalisierter Baufirmen arbeitete, war gleich am 11. September, dem Tag der faschistischen Revolte, gefangen genommen und gefoltert worden«, erinnert sich die zierliche Frau heute in Berlin. Kurz vor Weihnachten 1973 gelang der Familie mit den inzwischen zwei Kindern die Flucht, suchte politisches Asyl in der BRD, lebte 31 Jahre in Hannover.

## Endlich Zeit, Muße und Partner für die Kunst

Als Kind war Maria Cristina zu Gerechtigkeit und zur Solidarität mit den Schwachen, Notleidenden und Ausgegrenzten erzogen worden. Schon frühzeitig wollte sie Architektin werden, um Wohnungen für arme Menschen zu bauen. Ihr Interesse aber galt immer der Malerei, der Musik und dem Tanz. In den 60er Jahren studierte sie an der Fakultät für Bildende Künste der Universität von Chile, war danach als Kunstlehrerin tätig. In ihrer Freizeit entstanden erste Zeichnungen und Gemälde.

»In Hannover war ich nach dem Erlernen der deutschen Sprache an Haupt- und Realschulen tätig, lehrte auch chilenische Schüler Spanisch, lateinamerikanische Kinder Deutsch und ab 1980 fast 25 Jahre lang Kunst und Spanisch in der Oberstufe einer In-



Foto: Herold

### Hat viele Pläne: Maria Miranda

tegrierten Gesamtschule«, zieht sie stolz Lebensbilanz. Seit ihrer Pensionierung vor sechs Jahren leben Maria Cristina und ihr Ehemann Luis, mit dem sie seit 41 Jahren glücklich verheiratet ist, in der Leipziger Straße. »Hier gefällt es uns sehr gut«, betont sie. »Die wohlthuende Atmosphäre in diesem Teil Berlins, aber vor allem die vielen neuen Freunde haben es uns sehr angetan«.

Hier fand sie auch endlich Zeit, Muße und Partner zur Verwirklichung eines lang gehegten Traums: wieder zu malen. Im Sommer erregte sie Aufsehen im Club Spittelkonnaden mit der Ausstellung ihrer jüngsten Zeichnungen und Gemälde »Abstrakte Natur«. »Für mich ist die Natur von solcher Schönheit, dass ich es als unmöglich erachte, sie zu kopieren«, nennt die 68-Jährige ihr Künstlercredo. »Aber ich glaube, ich kann sie in meinen Bildern interpretieren«. In vielen Werken verarbeitet sie aber auch immer noch die Erinnerungen an Chile.

Maria Cristina Miranda ist noch voller Pläne: »Ich schreibe Anekdoten aus meinem Leben und über Kinder. Mit Illustrationen angereichert möchte ich diese einmal als Buch veröffentlichen«. Ihre Söhne - Luis lebt als Jurist in Hannover, der jüngere Mario als Landespfleger mit seiner Familie im nahen Wildau - ermuntern sie immer wieder, die spannende Biografie der Familie - ihren Weg von Santiago de Chile über Niedersachsen nach Berlin - aufzuschreiben.

**Matthias Herold**

## Kurznachrichten

### Zahlreich besuchtes DDR-Museum

Im DomAquaree an der Spandauer Straße verdoppelt das DDR-Museum seine Ausstellungsfläche auf künftig über 1000 Quadratmeter. Erfreulich: Das Wandbild »Lob des Kommunismus« von Roland Paris erhielt einen guten Platz. Bei den Themen Wirtschaft, Staat, Volksarmee, Bruderstaaten und Politik der DDR soll dem allgemeinen Interesse besser entsprochen werden. Mit etwa 400 000 Besuchern im Jahr 2009 nimmt das DDR-Museum Platz 11 in der Beliebtheit der über 100 Museen in Berlin ein.

### Zweimal wöchentlich kostenlose Lernhilfe

Kostenlose Sprach-, Lern- und Hausaufgabenhilfe erhalten Schüler dienstags und freitags in der Bruno-Lösche-Bibliothek, Perleberger Straße 33, Moabit. Von 15 bis 18 Uhr unterstützt ein Betreuer die Kinder. Neben Sprach- und Leseförderung werden auch Lernstrategien vermittelt. Man kann Hausaufgaben machen oder auch einfach nur üben. Für die Internetnachforschung stehen Laptops, Drucker und Scanner zur Verfügung.

### Hotelzuwachs am Alex

Nahe dem Einkaufszentrum Alexa, direkt an den S-Bahnbögen, soll das Holiday Inn Express Hotel zwischen Voltaire- und Schicklerstraße entstehen; 500 Meter vom Alexanderplatz entfernt. Die 240 Zimmer sollen je Tagesaufenthalt mit Frühstück und je nach Saison zwischen 69 und 110 Euro kosten. Baubeginn für das 3-Sterne-Haus ist im Frühjahr 2011, Eröffnung ein Jahr später. Die Investitionskosten sind auf knapp 18 Millionen Euro kalkuliert. Die Architektur lieferte ein Hamburger Architekturbüro.

### Politik, Ökonomie und die Ästhetik des Öffentlichen Raumes

**Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums und der Hermann-Henselmann-Stiftung**

**29. November, 17 bis 21 Uhr**

**BVV-Saal im Neuen Stadthaus**

**Parochialstraße 3 (U-Bahnhof Klosterstraße)**

**u.a. mit Thomas Flierl, MdA; Elfriede Müller, Büro für Kunst im Öffentlichen Raum; Ephraim Gothe, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung; Hans Coppi, Historiker**

## Sprechzeiten im Fraktionsbüro

### Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 - 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10-11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82-45 65

# Schmoozen ist weit mehr als Schmuse

Spazierend durch unseren Bezirk



Foto: Archiv

Herbst in Mitte

**W**ieder ist rostroter Herbst, wieder kicken Fußgänger im Tiergarten glänzende Kastanien, werden am Berliner Dom und im Monbijoupark großzackige bunte Blätter zu Laub. Für die vielsprachigen Kinder liegen in Weddings Kita Wolgaster Straße die Schätze der Natur auf dem *nature table*. Eisläden haben schon saisonal Pause, Mittes Neubauten werden winterfest verpackt. Auch wer sich in der Sonne räkelt, ahnt das bevorstehend feuchtkühle Wetter bei end-

los grauem Himmel, der tief die Stadt verhängen wird.

Historisch steht der deutsche November für Pogrome und Revolutionen, privat fördert er depressive Verstimmungen. Gegen letzteres gehe ich zweimal im Monat zum *Schmoozeday*, wenn eine E-Mail rundum gastronomisch zum *Schmooze* an den Rosenthaler Platz lädt. Den jüdischen Stammtisch lieben *Schmoozer* aus aller Welt. Die meist jungen Frauen und Männer bereden hier auf Englisch, Hebräisch oder Deutsch bei Bionade oder Min-

zete hiesige und fernere Zusammenhänge, sind Studenten, Komponisten, Musiker, Designer, Journalisten, Philosophen, Dichter, Naturwissenschaftler, sie leben allein oder gemeinsam, auf Zeit oder Dauer, doch allesamt gern in Deutschlands Hauptstadt.

Wegen der jüdischen Feiertage beschwor mich vor Jahren eine jiddische Mamma aus Übersee telefonisch, für Neuberliner wie ihren Sohn durch jüdische Integration jene befürchtete deutsche Gräulichkeit zu blockieren. Das Ergebnis nannten wir *Schmoozeday*. Jetzt ist die lokale Ostberliner Institution global vernetzt. Schon hunderten jüdischer Migranten der www.-Generation in der für viele Altvordere noch immer angstbesetzten Stadt hat er unerwartet jüdische Familiengefühle ermöglicht.

Das jiddische Wort *Schmooze*, also vertrautes Plaudern haben sie ebenso wie sachliche Ideen und freigelegte Bausteine familiärer Überlieferung in die Mitte Berlins zurückgebracht. Tatsachen wie diese werden aber im hysterischen Streit über undeutsche Kulturen ausgeblendet.

Irene Runge

## Alte und neue Fragen in der Haltung der LINKEN zur Krieg-Frieden-Problematik

Gesprächskreis zur Programmdebatte mit **Stefan Liebich (MdB)** und **Tobias Pfluger, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN**

**11. November 2008 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses (Kleine Alexanderstraße 28)**

## Oper ohne Plunder

»La Traviata« Unter den Linden

**V**erdi ist nicht immer etwas Besonderes. An diesem Freitagabend verteilen Musiker vor dem Haupteingang der Komischen Oper Informationen über das Orchester. Von Streik ist da zu lesen. Weil die Truppe immer noch keinen Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst hat – wie ihre Westkollegen. Irritierte Besucher fragen empört bei Einlass: Ohne Orchester heute? Wie soll das gehen? Klavierbegleitung antwortet der Kartenabreiber ungerührt.

Die Komische Oper ist ein opulentes Orchester, das zu den besten Klangkörpern der Welt gehört aber, nur im Osten. Deswegen nicht tarifbezahlt.

Dem Orchester ist das nicht anzumerken. La Traviata eben so wenig. Die Fabel, der Ka-

melieendame von Dumas nachempfunden, ist trefflich in Szene gesetzt von Hans Neuenfeld; ohne Schnörkel, nichts Verstaubtes, Verdi so – als sei er ein Zeitgenosse (Text von Walter Felsenstein). Die Geschichte aktuell: Alfred, ein junger Mann aus gutem Hause, verliebt sich in Violetta, die begehrte Kurtisane. Verdi beeindruckt, wie er sich zu Minderheiten in gesellschaftlichen Zusammenhängen positioniert.

Das schlichte, konstruktivistische Bühnenbild von Christof Hetzer setzt die Figuren förmlich aus. Keine Salons und Häuschen im Grünen, sondern gnadenlos klare Formen, punktgenau gearbeitet – die die Geschichte ausliefern wie auf dem Seziertisch.

Was auf der Bühne passiert ist heftig,

schnell im Dialog mit der Musik, die ein unterschiedenes Tempo vorgibt. Verdi macht immer noch betroffen.

Während vor mir jede Arie mit Seufzen eingesogen wird, höre ich später ein Pausengespräch von zwei Teenies aus Detmold. Sagt die eine zu der anderen (Sie haben am Vortag den Spielfilm »Wie durch ein Wunder« gesehen): »Das gestern war der Kitsch von heute, das hier ist der von Neunzehnhundert...«

Tatsächlich wurde Verdis Oper schon 1853 uraufgeführt. Sie war zunächst ein Flop. Verdi aber hat recht behalten: »Die Zeit wird urteilen...« La Traviata ist heute eines seiner meistgespielten Werke, wie Beziehungen zwischen Ungleichen immer noch und unvergänglich das Thema Nummer eins sind. Aber, in der Komischen Oper werden sie darüber hinaus ein Genuss. Da können noch so viele Tariftheater daher kommen...

Verena Werthmüller

Auf ein Wort Frau Senatorin!

# Kürzungen und Geschenke für Vermögende

Soziale Schieflage des »Sparpaketes« der Bundesregierung

**D**erzeit beraten Bundestag und Bundesrat den Bundeshaushalt 2011 und mit ihm eines der größten Sparpakete der letzten Jahrzehnte. Und das geht vor allem zulasten von Geringverdienern, von Hartz IV-EmpfängerInnen und von Alleinerziehenden. Und es geht zulasten der Länder und Kommunen.

Die Streichung des Heizkostenzuschusses für WohngeldbezieherInnen führt dazu, dass wieder mehr Menschen auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Die Kosten für die Unterkunft tragen dann die Kommunen. Den Rentenzuschuss bei Hartz IV-Bezug zu streichen, bedeutet mehr GrundsicherungsrrentnerInnen in der Zukunft. Viele Arbeitslose werden nicht genug Anwartschaftszeiten für eine auskömmliche Altersrente ansammeln können. Sie sind dann auch im Alter auf einen staatlichen Zuschuss angewiesen.

Auch diese Kosten tragen die Kommunen. Rechnet man alle geplanten Kürzungen zusammen, will die Regierung in den kommenden vier Jahren rund 80 Milliarden Euro einsparen.

Niemand bestreitet, dass die öffentlichen Haushalte notleidend sind. Das ist die Folge einer jahrelang verfehlten Steuer-Einnahmepolitik und der massiven staatlichen Interventionen zur Rettung der Spekulationsbanken. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat die soziale Schieflage des Sparpaketes vorgerechnet: 37 Prozent der vorgesehenen Einsparungen und Kürzungen betreffen den Sozialbereich, ganze 7,3 Prozent den Bankensektor. Hohe Einkommen und Vermögen werden überhaupt nicht belastet.

Das Sparpaket wird auch dazu beitragen, dass mehr Menschen erwerbslos bleiben und noch weniger Chancen auf einen

existenzsichernden Job haben. Die Pläne der Bundesregierung, bei der Arbeitsmarktpolitik zu sparen, sind nicht nur sozialpolitisch verfehlt, sondern auch ein arbeitsmarktpolitischer Irrweg.

Denn diese Einsparungen gehen auf Kosten der Qualifizierung von Arbeitslosen. Für Berlin heißt das: insgesamt sollen 171 von derzeit 677 Millionen Euro für die Integration von Langzeiterwerbslosen in den Arbeitsmarkt gestrichen werden. In den Folgejahren sollen die Kürzungen noch erheblich höher ausfallen.

Die Bundesregierung will die geplanten Bildungsausgaben für Kinder im Hartz IV-Bezug aus dem Eingliederungstitel für Langzeitarbeitslose finanzieren. Die Arbeitslosen sollen die Zusatzleistungen für ihre Kinder also durch Verzicht auf Maßnahmen, die ihre Chancen auf Arbeit erhöhen, selber finanzieren.

Was für ein Irrweg. Dieses Geschacher auf dem Rücken der Betroffenen und zulasten der Kommunen wird zumindest der Bundesrat hoffentlich verhindern.

**Carola Bluhm**

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



# Berlin wirbt für Einbürgerung

Der deutsche Pass hat viele Gesichter

**A**uf Einladung der Volkshochschulen Berlin Mitte und Neukölln nahm ich am 30. 09. 2010 im Haus der Kulturen der Welt an einer Veranstaltung teil. Dort habe ich gemeinsam mit den anderen TeilnehmerInnen zum Thema »Ich bin stolz, (k)ein Deutsche(r) zu sein« diskutiert. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Berliner Einbürgerungskampagne »PASSt MIR« statt, die seit 2006 läuft. In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit den Berliner Volkshochschulen. Eine Ausstellung mit Informationen zur Einbürgerung und mit persönlichen Statements von Eingebürgerten ist in allen Volkshochschulen zu sehen.

Obwohl einige Formulierungen der Überschriften dieser Kampagne irritierend sind, sollte diese Kampagne unterstützt werden. Ausgehend von den aktuellen Diskussionen und rechtspopulistischen Äußerungen einiger Politiker und von den ausgebliebenen zivilgesellschaftlichen demokratischen Reaktionen darauf, sollten solche Kampagnen und Veranstaltungen dazu genutzt werden, unsere Migrations- und Partizipationspolitik und unsere Forderung auf Mehrstaatlichkeit überall bekannt zu machen und darüber eine demokratische Verständigung zu schaffen. Aus diesem Grund unterstütze ich diese Berliner Einbürgerungskampagne, die von einigen Bun-

desländern, wie Brandenburg und Hamburg als Modell übernommen werden wird.

Es ist auch unsere gesellschaftliche Realität, dass viele Menschen mit anderer Herkunft von einer gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind, vor allem vom Wahlrecht. Diese Situation ist aber für das Zusammenleben in der Demokratie untragbar. Ausgehend von der jetzigen gesetzlichen Grundlage führt der Weg zu gleichen Rechten und Pflichten für alle Berliner, egal welcher Herkunft, über die deutsche Staatsbürgerschaft. Wie der Integrationsbeauftragte Günter Piening bereits beim Start der Kampagne 2006 betonte: »Das Einbürgerungsverfahren darf nicht als Mittel missbraucht werden, Einwanderer abzuschrecken oder auszugrenzen. Unsere Einbürgerungskampagne setzt im Gegenteil das deutliche Zeichen, dass in Berlin alle eingeladen sind, ihre Heimatstadt mit zu gestalten.«



Daher möchte ich allen empfehlen, an den Veranstaltungen, Diskussionsrunden teilzunehmen.

**Kadriye Karci**

Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus

Weitere Informationen im Internet:  
[www.vhs.berlin.de/einbuengerung](http://www.vhs.berlin.de/einbuengerung)

## Politische Bildung

→ 6.11.2010, 19 Uhr, Wabe, ZwiEt, Danziger Straße 101, 10405 Berlin

Ich würde ja die Lust am Leben verlieren, wenn ich nicht mehr kritisch denken könnte.

Zum Gedenken an den Musikwissenschaftler und Philosophen Günter Mayer (6.11.1930 – 2.9.2010)

Mit Sabine Köhler, Elke Schmeckenbecher, Hans-Eckhardt Wenzel, Rolf Cello Fischer, Stefan Körbel, Bolschewistische Kurkapelle Schwarz-Rot

→ 9.11.2010, 18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin  
Walter Womacka (1925 – 2010)

Ausstellung von Graphiken und Reproduktionen, Laudatio: Andre Eckardt, Dauer der Ausstellung bis 14.1.2011

→ 22.11.2010, 10 Uhr, Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V., Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin  
Rechte stärken, gesellschaftliche Teilhabe fördern!

Das Partizipations- und Integrationsgesetz in Berlin

Mit Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Kerstin Liebich, Staatssekretärin für Integration und Arbeit, Safter Cinar, Mitglied des Integrationsbeirats und Sprecher der AG Partizipationsgesetz u.a.

# Bekanntnis zu Existenzsichernden Löhnen

Von Almuth Nehring-Venus, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

**D**as neue Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz ist seit Sommer 2010 in Kraft. Dieses Gesetz der rot-roten Landesregierung setzt bundesweit Maßstäbe. Vorgelegt wurde es von Wirtschaftsminister Harald Wolf (DIE LINKE). Unternehmen, die öffentliche Aufträge vom Land Berlin erhalten, müssen ihren Beschäftigten Tariflöhne in den Branchen des Entsendegesetzes zahlen, mindestens jedoch 7,50 Euro je Stunde.

Eine Anpassungsregel im Gesetz lässt eine Anhebung dieser Summe zu. Lange haben wir an diesen Regelungen auf dem komplizierten Feld der Vergabe gefeilt. Drei Gutachten haben wir dazu eingeholt. Da eine bundesweite flächendeckende Mindestlohnregelung nicht in Sicht ist, wollten wir alle Spielräume ausnutzen, die einem Bundesland gegeben sind, um gegen Sozial- und Preisdumping vorgehen zu können. Wir haben uns von der Auffassung leiten lassen, dass nur mit einer Mindestentlohnung von 7,50 Euro je Stunde eine Existenzsichernde Bezahlung der Arbeitskräfte gewährleistet ist. Dem Staat kann nicht zugemutet werden, seine Aufträge an Unternehmen zu geben, die sich im Niedriglohnsektor bewegen, wenn dann die Arbeitskräfte ergänzende Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen. Damit würde die öffentliche Hand Unternehmen subventionieren, die Niedriglöhne zahlen. Diese Regelung greift zum Beispiel beim Wachsgewerbe oder bei Wäschereidienstleistungen. Hier liegen die Tariflöhne zum Teil unter der 7,50-Euro-Grenze. Auch landeseigene Unternehmen müssen sich an diese neue Regelung halten.

Erstmals haben wir einen Passus ins Gesetz genommen, dass bei allen Aufträgen zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer gestellt werden können. Sie betreffen insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem konkreten Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. Damit haben wir die Möglichkeit, ökologische Standards bei öffentlichen Auftragsvergaben zu formulieren. Das betrifft nicht nur Materialien bei Bauaufträgen, bei denen das bisher schon praktiziert werden konnte, sondern auch die gesamte Beschaffung von Geräten und Maschinen, zum Beispiel für die Landesunternehmen, die Feuerwehr oder die Polizei. Die Senatsumweltverwaltung ist ge-



Almuth Nehring-Venus

genwärtig dabei, konkrete Ausführungsvorschriften zu erarbeiten.

Wir haben die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Gesetz verankert und selbstverständlich die Frauenförderung.

Zu Recht ist in den parlamentarischen Beratungen und Anhörungen Wert auf die Kontrollen gelegt worden. Im Gesetz heißt es: »Der Senat richtet dazu eine zentrale Kontrollgruppe ein.«

Dieses Gesetz ist ein konkretes Beispiel von linker Regierungsarbeit, die auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist.

# Aufruf zur LAG-Gründung

Landesarbeitsgemeinschaft »Zinsen und Alternative Geld-Systeme«

**I**n einer Zeit, in der Banken und Versicherungen mit staatlichen Geldern geradezu gemästet werden, scheint es nötig, einmal hinter die Kulissen zu sehen und zu fragen, warum machen Banken eigentlich Gewinne? Ist es nicht die eigentliche Aufgabe einer Bank, Vermögen zu sichern und Investitionen durch Kredite zu unterstützen? Statt dem nachzukommen, wird das Geld an Börsen verzockt und obwohl sich die Banken das Geld für 1 Prozent Zinsen von der EZB leihen können, betragen die Dispo-Zinsen derzeit bis zu 15 Prozent. Zinsen sind schon immer ein Mittel der Umverteilung von Unten nach Oben gewesen. Das muss sich ändern. Weil das Thema der Zinsen und ihrer Notwendigkeit bisher wenig innerhalb der Linken diskutiert wurde, soll eine Landesarbeitsgemeinschaft »Zinsen und Alternative Geld-Systeme« gegründet werden. Alle Interessierte sind aufgerufen, mit zu diskutieren. Schreibt eine E-Mail an [plyspomitox@web.de](mailto:plyspomitox@web.de) oder tragt euch in die ausliegenden Listen im Karl-Liebknecht-Haus oder im Linkstreff im Wedding ein, damit wir Kontakt aufnehmen und erste Termine planen können.

Thomas Strenger

# Mein Praktikum in Berlin Mitte

**A**ls Student der Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität in Gießen hatte ich die Möglichkeit, in den Semesterferien ein sechswöchiges Praktikum im Bereich der Stadträtin für Jugend, Bildung und Sport in Berlin Mitte zu absolvieren.

Mein besonderes Interesse gilt aufgrund eigener Erfahrungen im Umgang mit Behinderten (Bruder ist gehörlos) und der Erkenntnis, dass die Integration von behinderten Menschen, die eine Minderheit darstellen und deren Diskriminierung zu verhindern ist, Behindertenpolitik ist eine wichtige politische Aufgabe.

Entsprechend meinem Wunsch wurde ich eingesetzt bei der Behindertenbeauftragten, Frau Knuth, und bei Frau Kriependorf, die für die Eingliederungshilfe behinderter Menschen in das gesellschaftliche Leben verantwortlich ist.

Am meisten beeindruckte mich die Arbeit mit dem Behindertenbeirat, weil ich durch

die Teilnahme an Begehungen und Besichtigungen von Straßen und Museen sowie öffentlichen Plätzen für die Probleme der behinderten Menschen im Straßenverkehr, insbesondere die Barrierefreiheit für Blinde und Menschen im Rollstuhl, sensibilisiert wurde.

Das Praktikum wurde mir erleichtert durch die Unterstützung von allen Mitarbeitern, mit denen ich zusammengearbeitet habe; vor allem möchte ich Kollegin Zepke und Kollegen Winkelhöfer sowie Fred Kutzner, Mitglied des Behindertenbeirates, erwähnen.

Mit den gewonnenen Erfahrungen in der praktischen Arbeit, die mir Spaß machte, konnte ich mein bisher im Studium erworbenes theoretisches Wissen erweitern, und ich möchte mich bedanken bei allen genannten und nicht genannten Mitarbeitern, insbesondere bei der Stadträtin, Frau Schrader, und Kollegin Zepke für die Organisation meines Praktikums.

Sebastian Schmidt

# Elfriede Brüning 100 Jahre



Foto: privat

**Wie wir die Jubilarin kennen: Einfühlsam, freundlich, ideenreich, liebenswert, fleißig und akribisch, solidarisch, unerbittlich, wenn es um Gerechtigkeit und um Frieden geht. Bist lebensmutig noch immer. Glückwunsch, Genossin Elfriede.**

Als Du vor sechzig Jahren überraschend in unserem Arbeiter-Studentenheim in Hohen Neuendorf auftauchtest, um für einen Roman zu recherchieren, wussten wir nichts von Deinem Weg, nichts von den Kohlrübenwintern Deiner Kindertage. Der Kaiser floh, da warst Du acht, und die alte Herrlichkeit blieb so schön erhalten. Sagtest uns nicht, wie die Nazis Dir auflauerten und Dich ins Gefängnis steckten. Du wolltest einfach wissen, wie wir leben, wovon wir träumen im fünften Jahr nach dem verurteilten nächsten Weltkrieg. Aber wir wurden aufmerksam auf Deine Reportagen und Romane. So zeugen Deine Bücher für dich – und außerdem war es dein Leben.

1930 wurdest Du Kommunistin, ab 1932 warst Du mit Erich Weinert, Ludwig Renn,

mit Bertolt Brecht, Anna Seghers und Jan Petersen Mitglied des 1928 gegründeten »Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller«, die Jüngste – heute bist Du die Älteste, die Einzige. Sahst am 10. Mai 33 den Scheiterhaufen vor der Berliner Universität, den Goebbels und seine fanatischen Gehilfen mit der antifaschistischen Literatur, den Büchern Deiner Genossen, fütterten. Was für ein Jahrhundert, wie viel Barbarei Du überstandest.

Vom Neubeginn 1945 an suchtest Du mit Deiner Feder ein besseres Deutschland (ohne Juden- und Fremdenfeindlichkeit, ohne Auslandsentsätze) zu befördern. Und gabst nicht auf, als 1990 Altdeutschland, Besitz ergreifend, sich selbst auf Straßenschilder, Bibliotheken, auch die Schiffe der Weißen Flotte stürzte und die ungeliebten Namen von Dichtern, Deinen Genossen im »Bund«, tilgte.

Weißt Du eigentlich, wie vielen Du mit Deiner Überzeugung und Unbeugsamkeit Mut machst? Bleib wohlauf.

**Dein Erhard Scherner.**

## Das ist das Letzte

Mein Freund Kalle Krawuttke jubelte: »mein Sohn ha'm se uffjestockt: Hartz-IV plus 5 Euro. Is det 'n Knaller? Ick besauf mir vor Freude!« Ich sagte: »Tu das nicht! Alkohol und Tabak sind gestrichen.« »Ick besauf mir trotzdem! Da kommen ja noch 10 Euro druff pro Kind für die Musikschule oder den Sportverein.«

»Aber nicht als Geld, nur als Gutschrift«, warf ich ein. »Ejal«, rief Kalle, »det rettet mir! Die Enkeltochter flennt uns doch die Ohren voll, watt se sich allet verkneifen muss. Denn muss ick mit ihr zu die Affen innen Zoo jehn. Die Viecher kennen wa inzwischen alle mit Vornamen. Aba mit det Kulturjeld kann se nu inne Musikschule flöten jeh'n. Denn bin ick befreit!« Ich frage:

»Wo findest du für 10 Euro ein Instrument, eine Musiklehrerin, die Noten und eine Buskarte? Da reichen die 5 Euro Telefongeld nicht!« »Meeenste? Schade, det se nich mehr Jeld für die Kinder haben!« »Logisch, Kalle: Ein Unternehmerrstaat muss für die Bosse sorgen. Da sind ihm Kinder und Alte nur ein Klotz am Bein.« »Klar, aba na ha'm se doch eene Milliarde ruffjepackt bei Hartz-IV.« »Richtig,« sage ich, »und 3,8 Milliarden sind beim Elterngeld gestrichen.« »Na ja, inne Krise müssen eben alle sparen.« »Mensch, Kalle, die Krise war gestern. Deutschland ist Weltmeister mit 3,4 Prozent Wachstum. Die Börse meldet neue Rekorde. Der Chemieriese BASF hat 77 Prozent Gewinnzuwachs. Die Stromriesen scheffeln 23 Milliarden. Der Staat kassiert 30 Milliarden zusätzlich bis 2012. Und du schwenkst deine fünf Euro, für die es im »Adlon« gerade mal eine Flasche Wasser gibt.« »Ick jeh doch 'nich ins »Adlon«. Da hocken ja bloß die Superreichen!«

»Stimmt. Aber du bist doch deren »Sozialpartner?« Kalle guckt: »Wie meenste det?« »Na, wenn du nicht arm wärst, wären die nicht reich!« »Hast recht. Jetzt brauch ick doch 'n Magenbitter!«

**Arthur Paul**

### Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- Zum 100.** Elfriede Brüning  
**zum 89.** Hans Herzberg  
**zum 87.** Erna Driehaus, Leo Hesse, Robert Ibe  
**zum 85.** Hildegard Morgenstern, Helmut Rädler  
**zum 84.** Günter Gumpel, Harry Scharfschwerdt  
**zum 83.** Gitta Endler, Ursula Krüger, Edith Mikut, Waltraud Starke  
**zum 82.** Kurt Bernheier,

- zum 81.** Lothar David, Magdalena Hammerschmidt, Dina Lask, Irma Voß, Rosemarie Walther  
**zum 80.** Heinz Fuhrmann  
**zum 75.** Maria Jonethal, Rudolf Jürschik  
**zum 70.** Eberhard Kunze, Jörg Roesler

Rainer Kerndl,  
Gerhard Liebold,  
Jutta Nesler,  
Heinrich Witzke

### Impressum

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte** der Partei DIE LINKE

**Geschäftsstelle:** Kleine Alexanderstr. 28,  
10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204,  
Fax: 24 009 337,  
E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

**Satz:** sternberg media

**Druck:** Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

**Redaktionsschluss:** 22.10.2010

**Ausgabetag für Nr. 12/10** – 2.12.2010